

Kann der Euro überleben?

Gipfeltreffen der Extreme:

EU-Parlamentspräsident **Martin**

Schulz (SPD) streitet mit dem

CSU-Politiker Peter Gauweiler über

Europas Zukunft

An einem der ersten lauen Sommerabende dieses Jahres treffen sich der Euro-Optimist Martin Schulz und der Euro-Skeptiker Peter Gauweiler in einem Münchner Biergarten. Die Griechen haben gerade gewählt, Kanzlerin Merkel verteidigt ihren Rettungsplan beim G-20-Gipfel. Im „Aumeister“ am Englischen Garten teilen sich Gauweiler und Schulz eine Platte mit bayerischen Schmankerln. FOCUS dokumentiert das Streitgespräch zwischen den Überzeugungstälern: Sozialdemokrat Schulz träumte als junger Mann von den Vereinigten Staaten von Europa und ist heute überzeugt, dass Deutschland den globalen Wettbewerb nur gemeinsam mit den europäischen Partnern bestehen kann. Gauweiler glaubt, dass mit einem Mehr an Europa der Verlust von Demokratie und Freiheit verbunden ist. Beide halten die derzeitige Krise für existenziell.

Ende der Woche ist in Brüssel wieder Euro-Krisengipfel. Wie viele davon werden wir noch brauchen?

Gauweiler: Wir brauchen diese Veranstaltungen gar nicht. Der Gipfel ist total uninteressant. Nötig wäre vielmehr, dass die politische Klasse Europas den Menschen endlich reinen Wein einschenkt. Sie muss die Kraft aufbringen zu sagen: Wir haben uns mit dem Euro geirrt. Wir müssen einen Schnitt machen. Wahrheit heilt.

Schulz: Die Entscheidung über den Euro trifft nicht eine europäische Politikerklasse. Sondern seit zwei Jahren, teilweise in Selbstermächtigung, die sehr überschaubare Gruppe der Regierungschefs der Euro-Zone. Dafür lasse ich mich nicht in Verantwortung ziehen.

Gauweiler: Sie wollen nicht zu denen dazugehören. Das spricht für Sie.

Schulz: Wie man's nimmt. Ich verlange, dass ich und damit das Europäische Parlament bei diesen Gipfeln mehr gehört

werden. Der Euro ist keine Veranstaltung von ein paar Regierungen. Das ist die europäische Gemeinschaftswährung. Und damit ist auch das Europäische Parlament zuständig, in seiner Gesamtheit.

Was erwarten Sie vom Gipfel?

Schulz: Das ist das 25. Spitzentreffen seit der Krise – Silberjubiläum. Ich erwarte, dass alle drei europäischen Institutionen, Kommission, Rat und Parlament, jetzt ein Abkommen über Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung schließen. Dass außerdem Banken und Finanzmärkte stärker reguliert werden und wir eine Finanztransaktionssteuer bekommen.

Gauweiler: Für die bin ich auch.

Schulz: Wir brauchen außerdem zwingend ein europäisches Abkommen zur Bekämpfung der Steuerflucht.

Gauweiler: Da bin ich nur dann einverstanden, wenn endlich auch mal was gegen die Steuerverschwendung getan wird. Solange wir Milliardenbeträge für verrückte Bürgschaften bei sogenannten „Bankenrettungen“ verschwenden, die nur die Spekulation anheizen, will ich davon nichts hören.

Schulz: Steuerverschwendung ist ein Risiko der Demokratie. Und was die Spekulation angeht: Die hat sich doch schon völlig verselbstständigt. Ein Beispiel: in Italien reformiert Mario Monti das Land wie nie zuvor. Das ist ein Kraftakt sondergleichen, die wollen da 70 Milliarden einsparen! Trotzdem steigen für Italien die Zinsen. Angeblich haben die Märkte kein Vertrauen. Das sind dieselben Leute, die Italien vor all den Reformen jahrelang Geld geliehen haben. Erklärbar ist das nur mit einem gezielten Angriff auf den Euro.

Gauweiler: Der Euro ist ein gezielter Angriff auf uns alle. Aber Sie haben Recht: Es gibt inzwischen eine Gefahr,

die heute unsere Freiheit mehr bedroht als der Sozialismus. Das ist der hochkollektivistische Shareholder-Value-Kapitalismus, der nur den kurzfristigen Erfolg sucht, immer undurchsichtigere

Märkte schafft, Eigentum und Verantwortung trennt und sich gegen die Realwirtschaft und das freie Unternehmertum wendet. Nicht mehr von Moskau her, sondern von der Insel Manhattan. Der Papst, als er noch Kardinal Ratzinger hieß, hat mir dazu gesagt: „Herr Gauweiler, der Kommunismus war der leichtere Gegner.“

Schulz: Erstaunlich, da sind wir uns ja sehr nah. Noch ein Beispiel: Wir haben uns eine gemeinsame Europäische Zentralbank geschaffen ...

Gauweiler: ... die ständig ihre eigenen Regeln bricht ...

Schulz: Als Parlamentspräsident muss ich Abgeordnete bisweilen zur Ordnung rufen. Geht das, auch wenn Sie einem anderen Parlament angehören?

Vielleicht kriegen Sie ihn ja noch ab.

Schulz: Nein, ich glaube, ins Europa-Parlament geht er nicht mehr. Aber vielleicht komme ich ja noch in den Bundestag.

Gauweiler: Das wäre gut.

Schulz: Zur Sache: Die Zentralbank gehört den Mitgliedsländern der EU. Aber was macht sie zurzeit?

Gauweiler: Die druckt Geld!

Herr Gauweiler, jetzt müssen wir Sie auch zur Ordnung rufen.

Schulz: Danke. Die EZB leiht für ein Prozent Zinsen Geld aus an Banken und institutionelle Anleger, also Investoren, die von Banken vertreten werden. Die wiederum verleihen dieses Geld für sechs bis sieben Prozent an die Inhaber der Zentralbank, an Staaten wie Spanien zum Beispiel. Ja, hallo?! Wo sind wir denn eigentlich? Das ist die Art Kapitalismus, die alle Moralmaßstäbe sprengt. Diesen Sumpf müssen wir austrocknen.

Wie?

Schulz: Das kann der Euro-Rettungsschirm, wenn wir ihm eine Banklizenz geben. Wenn der Geld für ein Prozent bekommt und für zweieinhalb an Spanien weitergibt, reicht allein die Einsparung schon für Investitionsprogramme und den Schuldenabbau.

Moment mal. Die Staaten sollen sich dauerhaft über den Rettungsschirm finanzieren? Das müsste Sie doch alarmieren, Herr Gauweiler!

Gauweiler: Und ob. Versprochen war, der Rettungsschirm sei die Ultima Ratio, das allerletzte Mittel. Er sollte ausdrücklich kein Finanzierungsvehikel für den Alltag sein, sondern die letzte Waffe, wenn der Euro als Ganzes bedroht ist.

Schulz: Ja Herrschaften, was wollt ihr denn?! Die Spekulation ist leider nicht eingedämmt worden. Sollen wir uns jetzt

wehrlos unserem Schicksal ergeben?

Herr Gauweiler? Was ist die Alternative? Die D-Mark wieder einführen?

Gauweiler: Ich stehe noch unter dem Eindruck des Ordnungsrufs. Ich fürchte, so simpel ist es nicht. Leider ist es ja einfacher, ein paar Fische zu einer Bouillabaisse zusammenzuwerfen, als das Zusammengerührte dann wieder in einen leckeren Hecht oder eine Seezunge zurückzuverwandeln.

Was können wir also tun?

Gauweiler: Eines geht sofort: den europäischen Partnern die Mühlsteine vom Hals nehmen und bei den Griechen anfangen, die der Euro immer weiter nach unten zieht. Griechenland ist geschlagen vom Euro. Es braucht eine kräftig abgewertete Drachme, um wieder wettbewerbsfähig zu werden.

Herr Gauweiler dürfte da die Meinung der meisten Deutschen wiedergeben ...

Schulz: Das mag ja sein. Kann auch sein, dass Griechenland noch austritt – und die Wirtschaft dort dann völlig zusammenbricht, ebenso wie das Bankensystem. Das würde dann auch andere Länder mit in den Strudel ziehen. Ich glaube, auf diesen Domino-Effekt verwetten die Spekulanten zurzeit enorme Summen. Das Ziel dieser Leute ist nicht der Zusammenbruch Griechenlands, sondern der Domino-Effekt – bis er Deutschland erreicht.

Gauweiler: Wenn Sie Deutschland schützen wollen, tun Sie was gegen das neue Rettungsschirm-Gesetz ESM. Es stimmt da ja gar nichts. Nicht einmal, dass im ESM dauerhaft gegen Deutschland nichts entschieden werden könne. Selbst das stimmt von den Prozentzahlen her nur im Moment. Wenn, wie vertraglich verpflichtend vorgesehen, weitere EU-Länder den Euro einführen, verschieben sich die Stimmverhältnisse automatisch unter die Vetogrenze.

Schulz: Ach, Herr Gauweiler, jetzt suchen Sie wirklich mit der Wünschelrute nach Argumenten. Jetzt muss ich Sie wirklich mal bremsen. Der Rettungsschirm ist eine Waffe, die wir brauchen ...

Gauweiler: Ja, eine Waffe für Schüsse ins eigene Knie!

Schulz: Also, wenn man nicht mit der Pistole umgehen kann, darf man auch nicht aufs Schlachtfeld gehen. Dann bleiben Sie halt zu Hause.

Gauweiler: I bin dahoam.

Schulz: Ja, und ich habe den Eindruck, dass es Ihnen da saugut geht. Das unterscheidet Sie eben von anderen Leuten in Europa, denen es nicht so gut geht.

Gauweiler: Ich will, dass es denen auch gut geht. Aber das geht eben nicht mit einer Finanzdiktatur in Europa und immer mehr Brüssel. Wir sitzen hier im

Englischen Garten, dem größten Stadtpark der Welt. Wir sind zuerst Bayern. Deutschland ist für uns wie Vater und Mutter. Am Ende ist es trotzdem nur ein gradueller Unterschied, ob uns Berlin oder Brüssel vorschreibt, wie wir unsere öffentlichen Dinge zu regeln haben, von der Landwirtschaft bis zu unseren Universitäten.

Aber Berlin und Brüssel gleichzeitig, parallel und noch dazu widersprüchlich – das halten wir auf Dauer nervlich nicht mehr aus. Wir brauchen keine Bundesrepublik Europa. Alles von allen vorgeschrieben bekommen und dann auch noch bezahlen müssen – das geht so nicht weiter.

Schulz: Als junger Bursche habe ich mal von den Vereinigten Staaten von Europa analog zu den USA geträumt. Heute, als gereifter Mann von Mitte 50, weiß ich: Das wird nie so kommen. Das ist mir klar.

Aber Sie hätten weniger Angst davor als Herr Gauweiler ...

Gauweiler: Ich zittere schon am ganzen Körper.

Schulz: Ich bin ja bei Ihnen, es kann nichts passieren.

Gauweiler: Ich weiß nicht. Sie machen den Leuten falsche Versprechungen. Jahrelang hieß es, der Euro wäre die Klammer, die die europäischen Staaten miteinander verbindet. Das genaue Gegenteil ist passiert!

Schulz: Da bin ich entschieden anderer Meinung. Der Euro ist die Klammer und wird es auch bleiben, weil Europa sich sonst nicht in diesem weltweiten Spekulationskapitalismus behaupten kann. Andere Weltregionen sind schon längst auf dem Weg, so stark zu werden, wie wir es heute noch sind. Wir sind nur handlungsfähig, wenn wir als starker politischer Block auftreten.

Ja, aber mangelt es daran nicht gerade in der EU?

Schulz: Ex-Kanzler Helmut Kohl hatte Recht: Die Währungs- und Wirtschaftsunion ohne die politische Union ist eine Fehlkonstruktion.

Gauweiler: Na also! Das bitte ich jetzt aber einmal ganz fett abzudrücken: Die Wirtschafts- und Währungsunion ist eine Fehlkonstruktion!

Schulz: Ohne die politische Union. Die müssen wir jetzt nachholen.

Gauweiler: Wollen wir wirklich einen ganzen Erdteil zum Staat erheben? „Wenn du die Freiheit zerstören willst, schaffe einen großen Staat“, heißt es bei Friedrich August von Hayek. Darauf bewegen wir uns zu. Europa kann nur im Plural gedacht werden. Wer Europa verstaatlicht, zerstört das Europäische an Europa. Einheitswährung, Einheitsregierung, ein Finanzminister für alles

– damit sind wir auf dem Holzweg.

Schulz: Ich weiß auch, dass der Nationalstaat und seine identitätsstiftende Rolle gebraucht werden. Und Gauweiler hat Recht: Der kulturelle Reichtum unseres Kontinents entsteht aus seiner Vielfalt. Warum sollten wir das aufgeben. Es ist nichts Schlechtes, eine deutsche Identität zu haben. Oder eine französische. Oder eine finnische.

Gauweiler: Dazu muss ich ...

Schulz: Nee, nee, warten Sie mal. Man muss nämlich was hinzufügen: Für ihre kulturelle Identität können sich die jungen Leute genauso wenig kaufen wie für den Frieden, den Europa all die Jahrzehnte so verlässlich gesichert hat. Im 21. Jahrhundert ist Europas Daseinsberechtigung deshalb eine neue: gegenseitige Überlebenshilfe im globalen Wettbewerb.

Gauweiler: Das ist leider eine Illusion. Genau wie das Vorhaben namens Fiskalpakt. Wir stimmen am 29. Juni im Bundestag über den ESM-Rettungsschirm ab, ohne zu wissen, ob dieser Fiskalpakt – die angebliche Geschäftsgrundlage des ESM – jemals zu Stande kommt. Den Fiskalpakt müssen zwölf Staaten ratifizieren. Davon sind wir im Juni 2012 meilenweit entfernt. Wir gehen in die Bindungssituation des ESM unter falschen Voraussetzungen.

Aber Herr Gauweiler, halten Sie es angesichts der Dimension der Krise nicht für angemessener, Ihre Bedenken einmal zurückzustellen und Kanzlerin Merkel bei der Euro-Rettung zu unterstützen?

Gauweiler: Mein Argument ist, dass ich als deutscher Abgeordneter Frau Merkel bei solchen Verhandlungen vor unzulässigem Druck schütze, indem ich – wie andere auch – auf unsere Grundgesetzlage hinweise. Sie kann ihren Partnern dann sagen: Moment mal, ich kann hier nicht selbstherrlich über Deutschland entscheiden wie einst der Doge über Venedig. Für Frau Merkel wird es durch Interventionen von uns Parlamentariern etwas komplizierter, sie muss sich immer wieder plagen, aber dafür kann sie dann auch verfassungsgemäß sauber das ganze Gewicht des demokratisch legitimierten Deutschen Bundestags in solche Verhandlungen einbringen.

Schulz: Deshalb betrachte ich Herrn Gauweiler und seine Kollegen aus dem Bundestag als meine Verbündeten. Ich habe es in Brüssel mit 28 Regierungen zu tun, 27 nationalen plus der Kommission. Diese Regierungen sind wahre Verwandlungskünstler, die reinsten Transformers. Sie setzen sich in Berlin oder Madrid als nationales Organ ins Flugzeug, und wenn sie in Brüssel

ankommen: zack! – haben sie sich in ein europäisches Organ verwandelt. Und dann fliegen sie wieder nach Hause und führen ihre Beschlüsse auch noch selber aus. So fallen wir in einen demokratiefreien Raum.

och eine Prognose, bitte: Wie wirds mit dem Euro weitergehen?

Schulz: Im November reden wir nicht

mehr über den Euro, sondern nur noch über den Dollar. Die Euro-Zone hat ein stärkeres Wachstumspotenzial als der Dollar-Raum und eine niedrigere Staatsverschuldung als die USA. Diese ökonomische Schwäche der Vereinigten Staaten und der zunehmende Wahlkampfdruck dort werden dazu führen, dass der Dollar ins Fadenkreuz der

Spekulantengerät.

Gauweiler: Dollar und Euro haben 40 Grad Fieber und sind beide krank. Die wechselseitigen Amplituden kann man nicht prognostizieren. ■

HANS-JÜRGEN MORITZ/
KATRIN VAN RANDENBORGH

Der Euro-Optimist

Martin Schulz, 56

Seit Anfang des Jahres ist der Sozialdemokrat Präsident des Europäischen Parlaments, dem er als Abgeordneter bereits seit 18 Jahren angehört. Der rheinländische Buchhändler ist überzeugter und leidenschaftlicher Europäer.

Der Euro-Skeptiker

Peter Gauweiler, 63

Das CSU-Urgestein gilt als unbequemer Querulant. Aber selbst seine Feinde attestieren dem Juristen Sachverstand – und Herzblut. Gauweiler zog gegen die EU-Verträge vor das Verfassungsgericht und bekämpft jetzt die Rettungsschirme.
